
Dokumentation

8. Bürgerforum Corona:

Politik-Dialog

15. Juli 2021

Inhalt

1	Bürgerforum Corona als Politik-Dialog.....	1
1.1	Hintergrund	1
1.2	Ablauf.....	2
2	Themen und Ergebnisse des Politik-Dialogs	4
2.1	Themengruppe 1: Rolle der Zivilgesellschaft, der Vereine und der engagierten Bürger*innen.....	4
2.2	Themengruppe 2: Informationspolitik und Vertrauensbildung	5
2.3	Themengruppe 3: Soziale Ungleichheit	7
2.4	Themengruppe 4: Bildungspolitik	8
2.5	Themengruppe 5: Test- und Impfstrategien.....	9
2.6	Themengruppe 6: Psychosoziale Folgen des Lockdowns	10
3	Anhang.....	12
3.1	Bild der Ergebnispinnwand (Mural).....	12
3.2	Dokumentation der Themengruppen	13

1 Bürgerforum Corona als Politik-Dialog

1.1 Hintergrund

Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren steigt mit dem Grad der Verbindlichkeit, den die Vorschläge der Bürger:innen für die Politik haben. Deshalb ist die Teilnahme von Mitgliedern der Landesregierung sehr positiv und die transparente Information darüber, was mit den Vorschlägen passiert, unverzichtbar. Darüber hinaus ist es aber auch sinnvoll, die Brücke zwischen der deliberativen Demokratie (zufallsausgewählte Bürger:innen diskutieren), den thematisch aktiven zivilgesellschaftlichen Stakeholdern (die Teilnehmenden des zivilgesellschaftlichen Forums) und der repräsentativen Demokratie zu schlagen.

Das Bürgerforum hat als gemeinsame Veranstaltung des Bürgerforums Corona und des Zivilgesellschaftlichen Forums stattgefunden. Hier wurden die Inhalte und Ergebnisse der beiden Foren an die Politik herangetragen, und die anwesenden Politiker:innen und ihre Mitarbeiter:innen konnten ihre Positionen zur Thematik darstellen und sich den Empfehlungen und Fragen der Bürger:innen und der Zivilgesellschaft stellen.

Die Verzahnung der thematischen Arbeitsergebnisse von Bürger:innen und Zivilgesellschaft hatte das Ziel, dass die gewählten politischen Vertreter:innen einen intensiven und differenzierten Einblick in die Empfehlungen und Vorstellung der Bevölkerung zum Thema Corona erhalten.

Als **übergeordnetes Thema** der Veranstaltung standen die Fragen:

- Was haben wir aus der Pandemie gelernt?
- Wie können wir uns für eventuell kommende Pandemien rüsten?
- Wie können wir ausgewogen bemessen, was hilfreich war und was nicht?

Die Learnings, die Best Practices und die Erfahrungen von allen Beteiligten zur Pandemie wurden beim Politik-Dialog in **sechs Themengruppen** zusammengefasst:

- Themengruppe 1: Rolle der Zivilgesellschaft
- Themengruppe 2 Informationspolitik
- Themengruppe 3: Soziale Ungleichheit
- Themengruppe 4: Bildungspolitik
- Themengruppe 5: Tests und Impfen
- Themengruppe 6: psychosoziale Folgen

Alle Teilnehmenden konnten sich vorab für zwei Themengruppen anmelden.

Zum Politik-Dialog eingeladen waren neben den Teilnehmenden des Bürgerforums Corona sowie des Zivilgesellschaftlichen Forums auch alle Fraktionen im baden-württembergischen Landtag. Die folgenden politischen Vertreter:innen nahmen am Politik-Dialog teil:

Fraktion	Workshop
GRÜNE	<ol style="list-style-type: none">1. Daniel Lede Abal MdL2. Bettina Jehne, Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit3. Oliver Hildenbrand MdL4. Thomas Poreski MdL5. Petra Krebs MdL6. Norbert Knopf MdL
CDU	<ol style="list-style-type: none">1. Christian Gehring MdL2. Marcel Busch, stellv. Pressesprecher

Fraktion	Workshop
	<ol style="list-style-type: none"> 3. Stefan Teufel MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzender 4. Andreas Sturm MdL 5. Dr. Michael Preusch MdL 6. Christiane Staab MdL
SPD	<ol style="list-style-type: none"> 1. Herr Jan-Peter Röderer MdL 2. Herr Achim Winkler, Pressesprecher der SPD-Fraktion 3. Herr Daniel Born MdL, Vizepräsident des Landtags 4. Frau Katrin Steinhülb-Joos MdL 5. Herr Florian Wahl MdL 6. Frau Dr. Dorothea Kliche-Behnke MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzende
FDP/DVP	<ol style="list-style-type: none"> 1., 2. Jochen Haußmann MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer & Stellv. Fraktionsvorsitzender 4. Alena Trauschel MdL
AFD	<ol style="list-style-type: none"> 1. Hans-Peter Hörner MdL 2. Dr. Thomas Hartung (Pressesprecher) 3. Carola Wolle MdL 4. Dr. Rainer Balzer MdL 5. Bernhard Eisenhut MdL 6. Emil Sänze MdL

1.2 Ablauf

Die Veranstaltung wurde mit einem Grußwort von **Ulrich Arndt** eröffnet, dem Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Er dankte allen Bürger:innen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und politischen Vertreter:innen für ihre Teilnahme und wies auf die Wichtigkeit einer solchen brückenspannenden Veranstaltung zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Bürger:innen hin.

In der **Vorstellungsrunde** stellen die Sprecher:innen der Parteien die teilnehmenden Politiker:innen fraktionsweise vor und berichteten über ihre Schwerpunkte in der Gesundheitspolitik/Corona und ihre Vorstellungen und Themen für das Politik-Dialog.

In einem **Warm-Up** konnten in dem sich die Teilnehmenden in Kleingruppen über ihre zentralen Anliegen und Fragen für den Politik-Dialog austauschen.

Zum **Bericht aus den Foren** stellte zunächst **Miriam Freudenberger** von der Allianz für Beteiligung das Zivilgesellschaftliche Forum vor, gefolgt von **Dr. Sven Fries** von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e. V., der einen Überblick über die Themen und Ergebnisse des zivilgesellschaftlichen Forums gab. Das Bürgerforum Corona wurde in seiner Arbeitsweise und den bisher erarbeiteten Ergebnissen von den Teilnehmenden **Tanja Rühle-Grundt** und **Fatih Yilmazli** vorgestellt.

Es folgten zwei Runden Arbeit in den Themengruppen, in denen die Bürger:innen mit den politischen Vertreter:innen direkt ins Gespräch kommen konnten, unterstützt von einem Moderationsteam.

Zum Abschluss gab es noch die Gelegenheit zum **Feedback** und zur Schilderung der Eindrücke von dem Politik-Dialog. Ulrich Arndt beendete die Sitzung mit herzlichem Dank, mit dem Hinweis auf die Weiterführung der Arbeit in den Foren und einer **Einladung zum zweiten Politik-Dialog**, der unter Federführung des Zivilgesellschaftlichen Forums am **28. Oktober 2021** stattfinden wird.

Tabelle 1: Ablaufplan des 8. Bürgerforums Corona am 15. Juli 2021

Uhrzeit	Programmpunkt	Gäste
16:00 Uhr	Begrüßung und Einführung	Ulrich Arndt , Leiter der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
16:20 Uhr	Kurzvorstellung der anwesenden politischen Vertreter:innen und der Schwerpunkte der Parteien zu Gesundheitspolitik/ Corona	
16:30 Uhr	Warm-Up in Kleingruppen	
16:45 Uhr	Vorträge aus den Foren zu ihrer bisherigen Arbeit und ihren Ergebnissen Zivilgesellschaftliches Forum Corona sowie Bürgerforum Corona	Miriam Freudenberger , Allianz für Beteiligung Nils Renkes , Allianz für Beteiligung Tanja Rühle-Grundt , Teilnehmerin des Bürgerforums Corona Fatih Yilmazli , Teilnehmer des Bürgerforums Corona
17:10 Uhr	Erster Teil Arbeit in Kleingruppen	
17:55 Uhr	Zweiter Teil Arbeit in Kleingruppen	
18:40 Uhr	Blitzlichter aus den Kleingruppen	
19:00 Uhr	Abschluss und Dank an die Bürgerinnen und Bürger Ende der Veranstaltung	

2 Themen und Ergebnisse des Politik-Dialogs

2.1 Themengruppe 1: Rolle der Zivilgesellschaft, der Vereine und der engagierten Bürger*innen

In Themengruppe 1 ging es um die Fragen:

- Wie kann die starke Zivilgesellschaft in unserem Land besser in den Umgang mit Krisen eingebunden werden? Welchen Stellenwert sollen ihre Aktivitäten haben gegenüber z.B. wirtschaftlichen Aktivitäten?
- Wie können Politik und Zivilgesellschaft Meinungsvielfalt abbilden, wertschätzen und so zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen?
- Wie kann konstruktiver Dialog strukturell in unserer Demokratie verankert werden, um der Polarisierung etwas entgegenzusetzen?
- Wie können gesellschaftliche Perspektiven, Strategien und Szenarien grundsätzlich im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft entwickelt und mit der breiten Gesellschaft rückgekoppelt werden?

Zum Thema bessere Einbindung der Zivilgesellschaft und ihren Stellenwert wurde in der Gruppe zunächst über die Rahmenbedingungen von zivilgesellschaftlicher Arbeit diskutiert. Es wurde das Bedürfnis nach dauerhaften Strukturen und klaren Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Arbeit mitgeteilt: nur, wenn Verantwortung und Zuständigkeiten zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft geklärt sind, können erfolgreiche Lösungen für die Arbeit der Zivilgesellschaft geschaffen werden. In der zurückliegenden Krisenzeit seien die Potentiale der Zivilgesellschaft nicht ausreichend genutzt worden.

Es sei zunehmend schwer, Menschen zum Engagement zu gewinnen. Niedrigschwellige Mitmach-Angebote oder persönliche Ansprache, beispielweise von Vertrauenspersonen, würden hier helfen.

Thema war ebenfalls die schwierige Interessenvertretung von Menschen mit fehlender Lobby: junge Mütter, Eltern allgemein, Menschen mit Behinderung oder Bewohner:innen von Altenheimen hätten weniger Möglichkeiten gehabt, sich einzubringen oder ihre Bedarfe zu kommunizieren – wohingegen wirtschaftliche Interessen beispielsweise eine größere Lobby hätten.

Es habe sich andererseits auch gezeigt, dass einige zivilgesellschaftliche Organisationen bereits gut aufgestellt seien und Netzwerke durchaus funktioniert hätten. Kooperation könne auch künftig mit einfachen Mitteln und digital gut funktionieren.

Um **Meinungsvielfalt** besser abzubilden und wertzuschätzen wurde diskutiert, dass vor allem die Nachvollziehbarkeit der Informationen für eine Beurteilung von Impf-, Test- und Hygienestrategien zielführend wären. Zum Thema **konstruktiver Dialog** wurden zunächst zwei zentrale Hemmnisse des Dialogs benannt: fehlende Erfahrungswerte in der Pandemie und nicht eingehaltene politische Ankündigungen.

Ebenfalls wurde die Rolle der Medien im konstruktiven Dialog hinterfragt: wie können wichtige Themen in die Medien gebracht werden? Müssen wichtige Anliegen in den Medien sein, um bei der Politik anzukommen? Oder welche anderen Kanäle oder Wege gibt es, die man nutzen und stärken kann?

Um in einen konstruktiven Kontakt zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Bürger:innen treten zu können, könnten Politiker*innen auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft zurückgreifen,

indem etwa durch Vereine auch politisch weniger interessierte Menschen erreicht werden können. Bürger:innen könnten verstärkt Sprechstunden und Brief- und E-Mail-Korrespondenz nutzen, um mit Politiker:innen ins Gespräch zu kommen.

Im Gespräch über die **Perspektiven im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft** wurde darauf hingewiesen, dass es jetzt wichtig wäre, mit Vereinen vor Ort ins Gespräch zu kommen über das weitere Vorgehen: bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen sollten gestärkt werden, Netzwerke aktiviert und Organisationen bei der Aufrechterhaltung des sozialen Lebens unterstützt werden. Dabei wurde der zunehmende Einfluss der Politik auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft kritisiert.

Die Prioritätensetzung müsse aktuell lauten: Forschung, auch um das Problem der Virenmutation einzudämmen, sowie Kinder.

Im Gespräch um die Herausforderungen für die Verwaltung während der Pandemie wurde angemerkt, dass es keine Standardlösungen für Pandemien gäbe und vor allem Landrät*innen und Bürgermeister*innen personell nicht ausreichend vorbereitet waren, zumal die Regelungen zur Pandemie-Bekämpfung nicht nur national, sondern auch föderal und auf kommunaler Ebene festgelegt wurden. Hinzu käme, dass nur der Lockdown als Konzept umgesetzt wurde, statt unterschiedliche Herangehensweisen zu testen. So seien beispielsweise Vereinsangebote für Kinder und Jugendliche trotz ihrer positiven Wirkung erst spät wieder möglich gewesen.

Als erfolgversprechende Strategien und Maßnahmen für die Bewältigung künftiger Krisen wurden einheitliche Corona-Regelungen auf Landes- und Bundesebene diskutiert, ebenso aber auch das Tübinger Modell als Modellversuch. Bürger*innenbeteiligung sei ebenso vielversprechend, etwa die erprobten Gesundheitskonferenzen auf Landesebene oder Beteiligung auf Quartiersebene, um direkt vor Ort Lösungen zu entwickeln. Vor allem für das weitere Vorgehen in benachteiligten Quartieren wurde die interdisziplinäre Diskussion von Bürger*innen und Zivilgesellschaft empfohlen.

2.2 Themengruppe 2: Informationspolitik und Vertrauensbildung

In Themengruppe 2 ging es um die Fragen:

- Wie kann vielfältige Information aus unterschiedlichen Perspektiven sichergestellt werden, ohne Polarisierung zu fördern?
- Welche Informationsquellen stehen zur Verfügung? Wie werden die Informationsquellen verbreitet? Wie werden sie als glaubwürdig wahrgenommen und genutzt?
- Was kann Glaubwürdigkeit der Politik in Bezug auf die Corona-Maßnahmen steigern?

Zum Thema **Sicherstellung der Vielfalt der Informationen** wurde zunächst festgestellt, dass die Informationsbedarfe in der Bevölkerung individuell sind. Diesen unterschiedlichen Anforderungen und Bedarfen nachzukommen, ist herausfordernd: einerseits werden aktuelle und differenzierte Informationen gewünscht, beispielsweise zum Thema Impfen, andererseits hat auch eine gewisse Überforderung stattgefunden, die eine Abstumpfung gegenüber den Informationen zur Folge haben konnte. Mündige Bürger*innen nutzen die Möglichkeit, Medien ihrer Wahl zu konsumieren.

Die Meinungsbildung in der Pandemie war schwierig: Die Politik habe oft Informationen nur weitergegeben, ohne selbst einen Überblick über die Situation zu haben. Verordnungen waren und sind teils schwer verständlich und kamen kurzfristig und in kurzen Zeitabständen.

Eine einseitige Berichterstattung in der öffentlichen Diskussion wurde ebenso kritisiert wie das fehlende Aufgreifen von abweichenden Meinungen, die sich dann anderweitig ihren Weg bahnten, beispielsweise durch Demonstrationen.

Ebenso wurde die **Glaubwürdigkeit von Informationsquellen** diskutiert. Dabei wurde auf die große Fülle an verschiedenen Informationen zur Pandemie hingewiesen. Diese Fülle habe es oft schwer gemacht haben, den Wahrheitsgehalt der Informationen einzuschätzen, zumal es auch widersprüchliche Angaben gab und die Herausforderung darin bestand, die wichtigen Informationen aus der Nachrichtenflut herauszufiltern. Viele Bürger:innen hätten sich dabei selbst orientiert und ihre Informationen organisiert. Als Beispiel für eine unklare Information wurde ein aktueller Bericht der Ärztekammer genannt, der sich hinsichtlich eines versteckten Impfzwangs äußerte. Die nachrichtengerechte Zuspitzung von Positionen in den Medien befördere die Polarisierung.

Einige Beiträge wiesen darauf hin, dass die öffentliche Berichterstattung zudem von Alarmismus gekennzeichnet war. Die tägliche Veröffentlichung von Ansteckungszahlen beispielsweise sei „Panikmache“ gewesen. Dieser Ansicht wurde entgegnet, dass Alarm machen notwendig war, damit alle den Ernst der Lage verstehen, außerdem habe sich die Berichterstattung an der großen Nachfrage nach aktuellen Informationen orientiert. Ein Beitrag erwähnte, dass es für Politiker*innen mitunter frustrierend war, im Fernsehen aufzutreten, da Journalist*innen auf Schlagzeilen aus waren.

Bezüglich der Verbreitung von Informationen wurde empfohlen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung künftig besser zu informieren, oder eine App zu entwickeln, die aktuelle Einschränkungen sammelt („Was-darf-ich-App“). Auch wurde die hohe Bedeutung der kommunalen Ebene für die Bekanntgabe wichtiger praktischer Informationen mehrfach betont.

Der Frage, wie die **Politik ihre Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Corona-Maßnahmen verbessern kann**, stellten sich die anwesenden politischen Vertreter*innen selbstkritisch: die Politiker*innen standen unter Handlungsdruck in einer Situation, auf die sie nicht vorbereitet waren, in der sie selbst eine steile Lernkurve bezüglich der Krisenkommunikation hinlegen mussten und in der große Unsicherheit herrschte, auch auf Seite der Entscheider*innen. Hier waren Informationen nicht immer so konsistent, wie sie hätten sein sollen.

Es wurden verschiedene Vorschläge zur Steigerung der Glaubwürdigkeit im politischen Umgang mit der Pandemie gemacht: für das weitere Vorgehen sei mehr Transparenz erforderlich, Verordnungen und Informationen müssten besser aufbereitet, weniger widersprüchlich und einfacher zugänglich gemacht werden für mehr gesellschaftliche Gruppen, etwa durch mehrsprachige Flyer oder eine Erweiterung der klassischen Medienarbeit. Bürger*innen und marginalisierte Gruppen müssten stärker einbezogen und gehört werden mit ihren Bedarfen und Lösungsvorschlägen, beispielsweise Menschen mit Inklusionsbedarf. In der Krisenkommunikation wurde sich mehr Kommunikation auf Augenhöhe, mehr Nähe zum Menschen und zur Lebensrealität gewünscht statt politischer Öffentlichkeitsarbeit. Ebenso wurde eine mehr interdisziplinäre Betrachtung der pandemischen Situation gewünscht: mehr Meinungsrichtungen müssten zugelassen werden. Insgesamt müsse das Thema Gesundheit in Kommunen größere Bedeutung erlangen.

2.3 Themengruppe 3: Soziale Ungleichheit

In Themengruppe ging es um die Fragen:

- Wie können die Ungleichheiten in der Gesellschaft, die in der Pandemie verstärkt wurden, wieder abgetragen werden?
- Wie können vulnerable Gruppen (Alte, Kranke, sozial Benachteiligte) und systemrelevante Gruppen (Erzieher:innen, Verkäufer:innen, Lehrer:innen, Pflegepersonal) besser politisch unterstützt werden? Was muss geschehen, um sie in Zukunft besser zu schützen in einer eventuellen neuen Pandemie?
- Die Bedürfnisse welcher gesellschaftlichen Gruppe haben Priorität (Beispiele: Gastronomie-Öffnung vor Schulöffnung; Unternehmen weniger stark eingeschränkt als Kitas und Eltern)

Zum Thema **Abbau sozialer Ungleichheiten** in der Gesellschaft wiesen einige Beiträge zunächst darauf hin, dass die individuellen Erlebnisse der Pandemie nun Teil einer weltweiten, kollektiven historischen Erfahrung seien. Dieser Erfahrungshorizont müsse bei gesetzgeberischen Aktivitäten berücksichtigt werden.

Eine übergeordnete Problemlage sei, dass die Pandemie bestehende soziale Probleme verstärkt habe. Nun wäre es wichtig, eine gesellschaftliche Gesamtstrategie zu entwickeln, die auf den Abbau von sozialen Ungleichheiten fokussiere und vor allem finanziell prekäre Lebensumstände erleichtere. Auch Finanzierungsvorbehalte im Koalitionsvertrag müssen diesem Ziel hintangestellt werden. Ebenso müsse dagegen angegangen werden, dass sich vorhandene Rollenmuster in der Pandemie noch mehr verfestigen, wenn beispielsweise vermehrt Frauen beruflich zurückstecken mussten, um sich um Kinder und Haushalt zu kümmern.

Wichtig wäre nun, vor Ort niedrigschwellige und bürokratiearme Impfangebote zu schaffen und die Menschen über Impfungen aufzuklären, vor allem sozial Benachteiligte.

Weitere Maßnahmen zum Abbau von sozialen Ungleichheiten wäre ein rascher Ausbau der digitalen Infrastruktur, vor allem an Schulen. Internet und internetfähige Endgeräte seien Voraussetzung zur Teilhabe am Unterricht gewesen und müssen für Schüler:innen verfügbar gemacht werden.

Um **vulnerable Gruppen künftig besser schützen zu können**, wurden drei Perspektiven besprochen: die konkrete Unterstützung im Krisenmanagement, die Stärkung der Interessenvertretung der vulnerablen Gruppen durch Partizipation sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft als gesellschaftliches Bindeglied:

Die Unterstützung während der Krise müsse künftig früher beginnen und müsse niedrigschwellig und inklusiv sein: Migrant:innen dürften ebenso wenig aus dem Fokus verloren werden wie sozial benachteiligte Menschen. Sie brauchen persönliche Ansprache, bessere Kommunikation und offene Türen in den Ämtern, um flexibel und passgenaue Hilfe zu erhalten.

Damit vulnerable Gruppen ihre Interessen besser artikulieren und vertreten können, bedarf es noch mehr Dialogformate und Partizipationsmöglichkeiten: alle gesellschaftlichen Gruppen, besonders aber sozial benachteiligte Menschen, müssen in den politischen Dialog einbezogen werden, der niedrigschwellig und gut erreichbar sein muss und dessen Ergebnisse in die politische Agenda und Entscheidungsfindung eingehen müssen.

Ehrenamt und eine starke Zivilgesellschaft seien gesellschaftliche Bindeglieder und ein verlässlicher Partner der Politik, daher sei die Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt, Verwaltung und Politik ein wichtiger Faktor. Durch ihr Engagement tragen sie zur Unterstützung vulnerabler Gruppen bei. Um Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen und den Zugang zum Ehrenamt

zu stärken, müsste ehrenamtliche Arbeit besser anerkannt werden – vor allem Ehrenamt im Umfeld von pflegerischen Berufen müsse stärker in den Fokus gerückt werden. Ebenso wünschenswert wäre es, Ehrenamt vor Ort im Quartier zu stärken und flexibler zu gestalten, etwa indem eine ehrenamtliche Tätigkeit ohne langfristige Bindung möglich wird.

Für die **künftige Prioritätensetzung** sei es wichtig, die Wissenschaft weiterhin anzuhören, Schüler:innen in den Fokus zu nehmen, etwa durch Schulöffnungen vor der Öffnung gastronomischer Betriebe durchzuführen sowie die Wirtschaft in den Dialog einzubinden. Kleine Betriebe dürfen nicht gegenüber großen Unternehmen benachteiligt werden, die finanzielle Herausforderungen besser wegstecken könnten. Insgesamt seien tiefgreifende und nachhaltige Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammensein nötig, beispielsweise in der gegenseitigen Fürsorge für andere Menschen.

2.4 Themengruppe 4: Bildungspolitik

In Themengruppe ging es um die Fragen:

- Was lief gut, was lief schlecht in der Schulbildung während des Lockdowns und der Corona-Zeit?
- Wie können Pädagog:innen besser vorbereitet und unterstützt werden?
- Wie können Schüler:innen besser unterstützt werden?
- Wie können Familien im Homeschooling besser unterstützt werden?

In der Gruppe hat ein reger Austausch zu den **Herausforderungen im Bildungssystem** unter Pandemie-Bedingungen stattgefunden. Schulen und Universitäten seien unzureichend in den Lockdown-Plänen mitbedacht worden, die Informationsverbreitung und Kommunikation war nicht ausreichend.

Die Lernbedingungen für Kinder seien herausfordernd gewesen: es habe enorme Unterschiede im Wechselunterricht gegeben, viele Kinder hätten keine Arbeitsplätze im Homeschooling zur Verfügung gehabt, ebenso hätten Motivation und Austausch der Schüler:innen untereinander gelitten.

Die Bemühungen, eine Infrastruktur für digitalen Schulunterricht zu etablieren, hätten sehr unterschiedlich gefruchtet: Internetzugang und digitale Endgeräte waren nicht ausreichend verfügbar, viele Unterrichtsmaterialien konnten nicht an digitale Formate angepasst werden, und die verfügbaren Online-Plattformen waren unzureichend. Anonymität und Umfangsformen im digitalen Raum seien weitere Herausforderungen.

Vor allem Eltern schulpflichtiger Kinder waren in Zeiten des Lockdowns stark belastet: Homeschooling und unterschiedliche Handhabung der Regeln hätten berufstätige Eltern herausgefordert. Vor allem Frauen hätten vielfach ihr Berufsleben zurückgestellt, um das Homeschooling zu gewährleisten.

Um Schüler:innen und Pädagog:innen **künftig besser unterstützen** zu können sei es notwendig, die Chancen der Digitalisierung noch stärker zu nutzen. Konkret müssten Test- und Quarantänestrategien der Schulen für das neue Schuljahr überprüft werden.

2.5 Themengruppe 5: Test- und Impfstrategien

In Themengruppe ging es um die Fragen:

- Inwiefern muss sich unser Gesundheitssystem verbessern bzw. neu aufstellen?
- Welche Teststrategie(n) war(en) erfolgreich / sinnvoll, welche wurde(n) weniger akzeptiert? Warum?
- Welche Rechte/Privilegien sollen die 3 G (Getestete, Genesene, Geimpfte) erhalten, falls die Pandemie in die nächste(n) Runde(n) geht?
- Wie umgehen mit Impfverweigerern/Impfskeptikern?

Im Nachdenken über Stellschrauben zur **Verbesserung des Gesundheitssystems** wurde die Informationspolitik und Bereitstellung von Informationen breit diskutiert. Verwirrende Informationen und unzureichendes Wissen über die Wirksamkeit der Impfung hätten Verunsicherung und Missverständnisse hervorgerufen, das Gesundheitssystem habe dadurch an Glaubhaftigkeit verloren. In Zukunft müsse eine zielgruppenspezifische Aufklärung geschehen, die Informationen gesichert und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden.

Erfolgsversprechende **Strategien zur Pandemie-Bekämpfung** wurden in breitflächigen Impfangeboten, der weiteren Aufklärung durch Ärzt:innen und Apotheker:innen gesehen. Ebenso wies ein Beitrag darauf hin, dass die allgemeine körperliche Gesundheit in der Gesellschaft durch Stärkung des Immunsystems unterstützt werden könne, etwa durch gesündere Ernährung. Dies sei eine Lehre aus der Pandemie und könne auch eine Alternative zum Impfen sein.

Verschiedene Standpunkte wurden zum Thema **Rechte und Privilegien** von Geimpften, Getesteten und Genesenen geäußert: ein Beitrag plädierte für spezielle Privilegien für Geimpfte, ein anderer für die Gleichbehandlung von Getesteten und Geimpften. Gastronomische Einrichtungen müssten weiter durch Tests und Impfungen geschützt werden.

Zum **Umgang mit Impfskeptiker:innen und -verweigerern** ging die Debatte um die Beobachtung, dass Impfskeptiker:innen und Personen, die Angst vor der Impfung haben oder skeptisch sind, gleich als Verschwörungstheoretiker:innen abgetan werden. Eine solche Polarisierung der Debatte hätte verhindert, dass sie offen geführt werden konnte und auch Fragen und Skepsis darin Platz gefunden hätte. In der öffentlichen Wahrnehmung habe eine Teilung in die Lager Impfbefürworter:innen oder Impfgegner:innen stattgefunden. Die anwesenden politischen Vertreter:innen in der Themengruppe wiesen in diesem Zusammenhang auf Grundrechte bei Meinungsfreiheit hin. Ein Beitrag betonte die Eigenverantwortlichkeit der Menschen: sie müssen freiheitlich Entscheidungen über Eingriffe in ihre eigene Gesundheit treffen können.

Die Gruppe empfahl im **Umgang mit Impfskeptiker:innen** weitere Aufklärung und sachlichen Diskurs. Transparenz über Impfungen und ihre Verträglichkeit, Komplikationen und Langzeitfolgen sei dabei von grundlegender Bedeutung. Es müsse dabei versucht werden, Impfskeptiker:innen zu überzeugen. Für volle Transparenz fehlen hingegen die Daten der Bürger:innen über Impfung etc. In diesem Zusammenhang wurde auch der Konflikt zwischen dem Wissen über den Gesundheitsstatus der Bürger:innen als Informationsgrundlage für politisches Handeln und der Privatsphäre der Bürger:innen besprochen: Datenschutzinteressen, beispielsweise bei der elektronischen Kontaktnachverfolgung, stünden dabei in Konflikt mit dem öffentlichen Interesse am Verlauf von Ansteckungsraten, Informationen über Krankheitsverläufe, Impfwirkungen und -reaktionen.

2.6 Themengruppe 6: Psychosoziale Folgen des Lockdowns

In Themengruppe ging es um die Fragen:

- Mit welchen Gefühlen gehen wir selbst, gehen verschiedene gesellschaftliche Gruppen aus der Krise (Kleinkinder, Schüler:innen, Bewohner:innen von Altenheimen, Familien, Pflegekräfte, Politiker:innen)
- Wie können betroffene und z. T. traumatisierte Menschen nun unterstützt werden? (wenn z. B. Senior:innen allein im Altenheim verstorben sind; Familien durch Quarantänen getrennt wurden, Menschen in Überlastungs-Burnout gekommen sind)
- Wie kann dieser kollektiv erlebte biographische Einschnitt der Corona-Pandemie verarbeitet werden? Was erzählen wir in 20 Jahren von dieser Zeit?

In Bezug auf die Gefühlslagen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gingen die Teilnehmenden vor allem auf Kinder und Jugendliche ein: Einerseits seien sie durch das Fehlen des sozialen Austausches, welcher wichtig sei für die persönliche Entwicklung, stark belastet gewesen. Andererseits seien beide Gruppen auch stark anpassungsfähig. Die Anpassungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen wurde aber auch als ein Teil des Problems gesehen: Dadurch würden die psychosozialen Auswirkungen „verdeckt“ und ggf. erst im späteren Lebensverlauf sichtbar.

Die Lernsituation war herausfordernd: Lernräume für Studierende fehlten, und es wurde eine Ungleichbehandlung von Schulen und Universitäten gegenüber Unternehmen festgestellt: Schulen und Unis wurden schnell geschlossen, während die Menschen weiter ins Büro gegangen sind und erst sehr spät eine Maskenpflicht in Unternehmen eingeführt wurde. Dies wurde als ungerecht empfunden.

Auch pflegende Angehörige hätten starke Belastungen erlebt und wurden in der Krise zu wenig berücksichtigt bzw. nicht gezielt aufgesucht und unterstützt.

Ein Fazit war jedoch auch, dass sich nicht auf die Zuordnung auf bestimmte Gruppen, die mehr oder weniger psychisch belastet wurden, beschränkt werden sollte, sondern dass der Umgang mit den psychosozialen Folgen des Lockdowns auch immer ein individueller sei und es deswegen individuelle psychische Beratungsangebote brauche, die leicht zugänglich und offen für alle sein müssen.

Bei der Frage, wie **Betroffene nun und in Zukunft besser unterstützt** werden können, wurden viele Anregungen gesammelt. Ein Fazit war, dass die sozialen und gesellschaftlichen Hilfesysteme teilweise nicht funktioniert hätten und es da großes Verbesserungspotential gebe. Es wurde für den Ausbau der psychologischen Hilfsangebote in Form von Beratungsstellen plädiert. Um die Resilienz von Individuen und Gesellschaft zu stärken, sei es auch präventiv nötig, eine stabile psychologische Basis zu schaffen sowie flexibel auf künftige Krisensituationen reagieren zu können (Stichwort Digitalisierung). Insgesamt müsse der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden durch Hinschauen und Sichtbarmachen von Betroffenheit, und auch die Bürger:innen untereinander sind dazu aufgerufen, ihr Umfeld im Blick zu behalten.

Zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote waren dabei eine wichtige Forderung an Politik und Träger: Jugendlichen müssen so schnell wie möglich ihre Freiheiten wieder erhalten indem z.B. sofort Begegnungsorte im Freien geschaffen werden, Zielgruppen wie Altenheimbewohner:innen und Alleinstehende müssen besonders in den Fokus genommen werden. Dafür würde aufsuchende Hilfe vor Ort benötigt, durchaus auch mit den Trägern in der Verantwortung.

Impfungen seien ein weiterer Punkt, der Betroffenen hilft: zwar können sich Kinder selbst noch nicht impfen lassen und auch die Langzeitfolgen einer Impfung für Kinder sind unsicher, dennoch profitieren sie von einem geimpften Umfeld, das weniger Ansteckungsgefahren birgt.

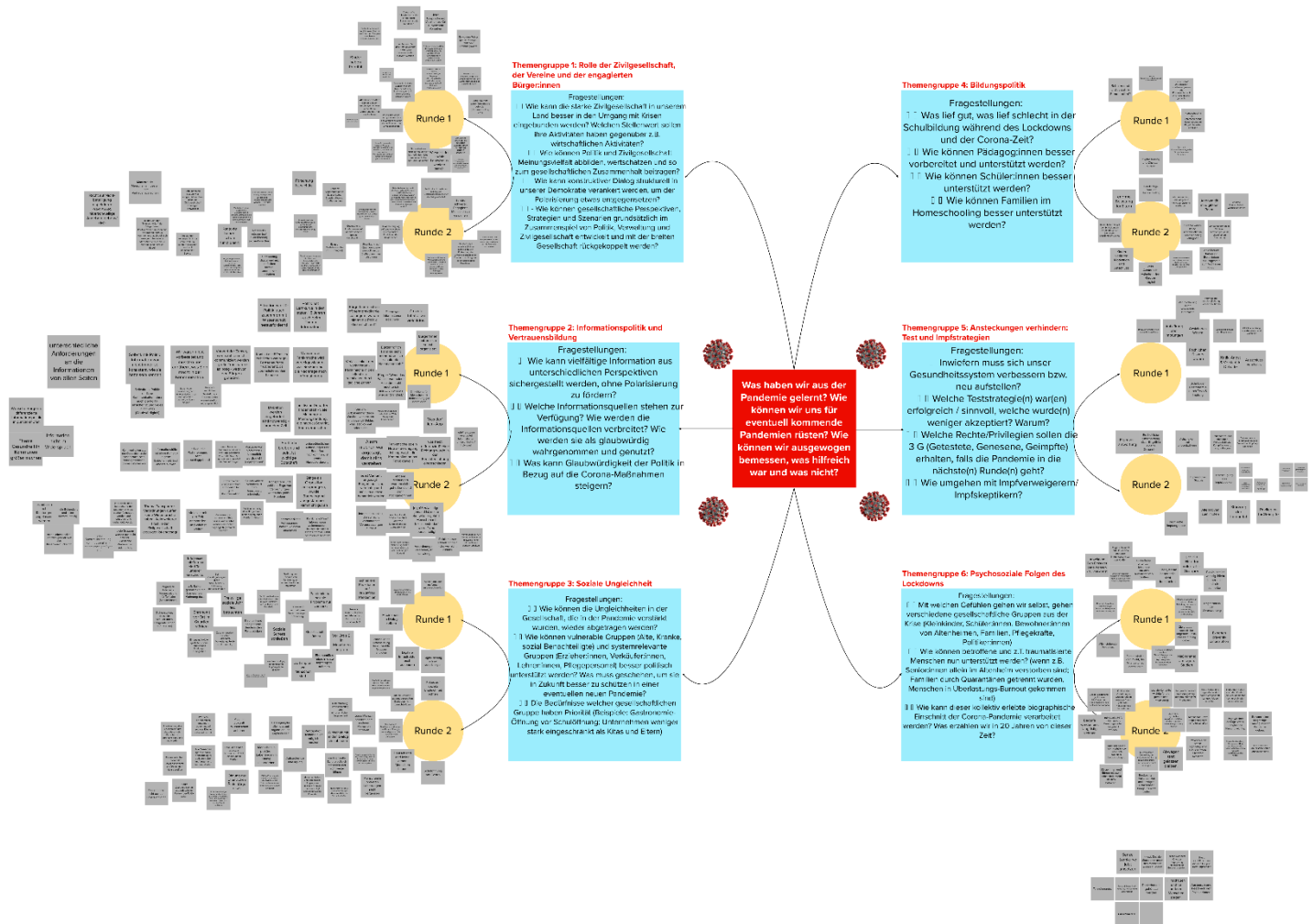
Ein kontrovers diskutiertes Anliegen war die Planungssicherheit für die Menschen: in der Krise haben Faktoren wie Ungewissheit, Verlustängste oder wirtschaftliche Not, Unsicherheit und Stress erzeugt. Hier sei es wichtig, von Seiten der Politik Stressfaktoren zu reduzieren, indem gelassener kommuniziert wird. Dem stand die Aussage gegenüber, dass es in einer Pandemie nun mal keine langfristige Planbarkeit gebe, und dass reine Gelassenheit nicht hilfreich sei: Es müsse beobachtet, abgewogen und weitergedacht werden, um das Ansteckungsgeschehen einzudämmen. Politik und Öffentlichkeit stünden dabei stets in der Abwägung zwischen Ernst der Lage benennen und zu viel Angst verbreiten.

Wichtig sei aber, weiterhin wissenschaftliche Expertise zu erlangen und zu berücksichtigen, durch Umfragen, Studien oder die präventive Einbeziehung von Expert:innen.

Ein Beitrag sah die Wirtschaft und die Unternehmen in der Pflicht, ihre Mitarbeiter:innen zu unterstützen.

3 Anhang

3.1 Bild der Ergebnispinnwand (Mural)



Die Ergebnissicherung der Arbeitsgruppen fand mittels einer Online-Pinnwand mit der Anwendung Mural statt. Die Ergebnisse aller sechs Themengruppen konnten gleichzeitig auf der Pinnwand eingetragen werden.

Die Pinnwand ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://app.mural.co/t/nexusinstitut0899/m/nexusinstitut0899/1625665735917/12575809802c0e341db35d2a3c5015a91b21d3a2?sender=u141891628be68b2d0f914209>

3.2 Dokumentation der Themengruppen

Alle Beiträge aus den Themengruppen wurden gesammelt, geordnet und Unterüberschriften zugeordnet. Die folgende Tabelle dokumentiert alle Beiträge. Die Spalte „Thema“ entspricht den Fragestellungen aus den Themengruppen.

Ein Voting bzw. eine Abstimmung über die Beiträge hat nicht stattgefunden.

Thema	Beitrag
Themengruppe 1: Rolle der Zivilgesellschaft, der Vereine und der engagierten Bürger:innen	
Einbindung der Zivilgesellschaft	Dauerhafte Strukturen für die erfolgreiche Zusammenarbeit herstellen
	Bitte: Rahmen setzen, was möglich ist --> dann kann die Zivilgesellschaft Lösungen entwickeln
	In Krisenzeiten sollten starke Partner und vorhandene Ressourcen genutzt werden --> ist nicht passiert!
	man hat sich "an das Sofa gewöhnt" --> Menschen müssen wieder aktiviert werden
	Von der Krise zur Chance: niederschwellige Zugänge
	Recht auf Nicht-beteiligung respektieren, ABER: niederschwellige Angebote geben
	Es wird schwerer, Engagierte Menschen zu gewinnen
	Es braucht den "Mitmachwillen" der Bürger*innen
	Man erreicht Menschen am besten über Vertrauenspersonen
	Wieso ist der soziale Lobbyismus weniger stark?
	im Diskurs waren Lobbystimmen (aus der Wirtschaft) lauter als die Stimmen der Zivilgesellschaft
	Junge Mütter waren besonders gefordert (Homeschooling etc.)
	Altenheime durften keinen Besuch empfangen --> wer keine starke Vertretung hat, hat ein Problem
	Unterstützung für Eltern kam zu kurz
	Nicht alle Menschen sind in der Lage, sich zu informieren und Politiker*innen anzusprechen (z.B. wurden behinderte Menschen nicht in Entscheidungen einbezogen) --> Wie können diese Menschen direkt mit einbezogen werden?
	Ganzheitlichkeit der Bürger*innen im Auge behalten bei Impfstrategien (z.B. Menschen mit Behinderungen)
	Meinungsvielfalt
auch künftig digital und mit einfachen Mitteln zusammenschalten	
Kontakte haben schon funktioniert	
	Nachvollziehbarkeit sorgt für Akzeptanz --> zwischen den Gruppen muss besser differenziert werden
	Akzeptanz für Impf-, Test- und Hygienestrategien
	Meinungsmotivierung: Vereinsmitglieder sind unzufrieden, Menschen wollen nicht an Meinungsbildung teilhaben wegen fehlender Meinungsvielfalt

Thema	Beitrag
	Nachvollziehbarkeit sorgt für Akzeptanz --> zwischen den Gruppen muss besser differenziert werden
Konstruktiver Dialog	Es wurden Fehler gemacht wegen fehlender Erfahrungswerte
	Verlässlichkeit: Ankündigungen konnten nicht eingehalten werden
	Herausforderung der medialen Wirkung --> Anliegen kommen bei der Politik an, aber nicht in den Medien.
	Wie können die wichtigen Themen in die Medien gebracht werden?
	Nur weil etwas nicht in den Medien ist, heißt das nicht, dass es nicht bei der Politik ankommt
	Historisch begründet: Medien suchen Schlagzeilen
	Wie können wir als (organisierte) Zivilgesellschaft unsere Erfahrung in die Politik einbringen? Wie kann Kommunikation funktionieren?
	persönliche Ansprache funktioniert
	Politiker*innen müssen aus der Bubble herauskommen und auch politisch weniger interessierte Menschen erreichen --> Vereine sind hilfreich dabei
	Es gibt Möglichkeiten, Politiker*innen zu erreichen (Sprechstunden, Post, Mail), die müssen jedoch genutzt werden --> passiert nicht bei allen
Entwicklung von Perspektiven	Kinder haben Priorität
	Forschung ist wichtig
	Problem: Virenmutationen
	Jetzt: Gespräche mit Vereinen vor Ort zu weiterem Vorgehen
	Zivilgesellschaft hat nicht die gleichen Strukturen
	Politik nimmt zunehmenden Einfluss auf Gestaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft
	Wunsch nach Unterstützung in den Organisationen bei der Aufrechterhaltung des sozialen Lebens
	bestehende Strukturen sollten gestärkt werden, damit die Anliegen gehört werden
	Netzwerke müssen (auf allen Ebenen) aktiviert werden
	Es gibt keine Standardlösung für Pandemien
	Landrät*innen und Bürgermeister*innen waren personell nicht auf die Pandemie vorbereitet
	Es wurde nur ein Konzept gefahren (Lock-Down) anstatt unterschiedliche Herangehensweisen zu testen
	Regelungen kommen nicht nur vom Land BW, sondern bestehen auch auf kommunaler Ebene
	Vereinsangebote waren für Kinder und Jugendliche sehr heilsam --> man hätte das früher ermöglichen sollen, mutiger an das Problem herangehen
	Erfolgsversprechend: einheitliche Corona-Regelungen auf Landes- (bzw. auf Bundes-) Ebene
	Gesundheits-konferenzen auf Landkreisebene bereits durchgeführt
	Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene zur regionalen Erreichung der Bürger*innen

Thema	Beitrag
	<p>Es gab Modellversuche (z. B. Tübingen)</p> <p>Beteiligung auf Quartiersebene sinnvoll, an der Stelle braucht es Lösungen</p> <p>Wunsch nach interdisziplinärer Diskussion und Einbindung der Zivilgesellschaft in die Themen zum Vorgehen in benachteiligten Quartieren</p>
Themengruppe 2: Informationspolitik	
Sicherstellung Vielfalt	<p>unterschiedliche Anforderungen an die Informationen von allen Seiten</p> <p>Bürgerin: "Ich kann es nicht mehr hören, ich schalte die Nachrichten ab."</p> <p>Bedarfe der Bevölkerung sehr unterschiedlich - da allen gerecht zu werden, ist kaum möglich</p> <p>Wünsche Bürgerin: differenzierte Informationspolitik in puncto impfen</p> <p>Medienmündigkeit - jeder hat die Wahl Medien zu konsumieren</p> <p>jede/r einzelne verarbeitet Informationen unterschiedlich/ individuell</p> <p>unterschiedlichen Auffassungen und Bedarfen nachkommen, ist große Herausforderung</p> <p>individuelle Wahrnehmung sehr ausschlaggebend</p> <p>unterschiedliche Auffassungen haben Situation erschwert</p> <p>Debatten werden eingefordert - sind notwendig - brauchen Zeit</p> <p>Informationsfülle hat abgestumpft - eigene Betroffenheit lässt anders blicken</p> <p>politische Debatten finden statt - viele Meinungen - Meinungsfindung, die nach außen tritt, kann verunsichern</p> <p>Politik hat oft "nur" Informationen weitergegeben, musste sich selbst einen Überblick über Situation verschaffen</p> <p>Verordnungen verstehen, ist schwierig</p> <p>Transparenz und zeitliche Enge von Verordnungen waren das größte Problem</p> <p>Vorgabe von Vorsicht zu Normalität wurde nicht angenommen</p> <p>Informationspolitik, die auf nicht vorhandenen Voraussetzungen aufbaut</p> <p>was heißt differenziert? Eine Richtung wurde in der Berichterstattung eingeschlagen</p> <p>andere Meinungen wurden nicht gehört und sind dann hochgekommen</p>
Glaubwürdigkeit von Informationsquellen	<p>Zu viele Inhalte, zu viele Infos.</p> <p>Filtern von Informationen ist schwer</p> <p>BürgerInnen haben sich selbst organisiert</p> <p>Versuch sachlicher Darstellung - Informationen waren/ sind oft widersprüchlich</p> <p>Informationen nach Wahrheitsgehalt zu unterscheiden, ist fast nicht möglich - Bedarf!</p> <p>Information nicht im Widerspruch</p> <p>Information: Ärztekammer diese Woche - versteckter Impfwang? Unklar, was jetzt kommt oder nicht.</p>

Thema	Beitrag
	<p>Alarm machen war angesagt, damit alles verstehen</p> <p>Bürger: "Wenn das Wasser vor meiner Haustüre steht möchte ich minütlich wissen wie der Stand ist."</p> <p>Verlässlichkeit der Nachrichten - Panikmache in den öffentlich-rechtlichen durch tägliche Zahlen</p> <p>Panikmache ist ein NoGo - Beruhigung ist angesagt - die Kommunikation hat Panik gewollt</p> <p>Vorwurf der Panikmache wird zurückgewiesen - war Reaktion auf die Nachfrage nach Informationen</p> <p>erschreckend, dass ein reiches Land wie Deutschland so aufgestellt ist</p> <p>Kontakt mit öffentlich-rechtlichen war rege - Fernsehauftritte frustrierend, da Journalisten unfair handeln</p> <p>Einrichtung für Menschen mit Behinderung gut informieren</p>
Glaubwürdigkeit Politik	<p>Situation war für Politik, auch zusammen mit Wissenschaft herausfordernd</p> <p>Politik hat Lernkurve in den letzten 1,5 Jahren - auch beim Thema Information</p> <p>Selbstkritik Politik: Information war nicht immer so konsistent, wie sie hätte sein können</p> <p>Wir waren nicht vorbereitet und mussten uns annähern, was Sinn macht in der Kommunikation.</p> <p>Selbstkritik Politik: ehrliche Kommunikation, dass auch die Politik unsicher ist und vieles nicht weiß (Glaubwürdigkeit)</p> <p>Kommunikation aus der Oppositionsrolle nicht einfach, stark zurückgenommen, da das geboten war</p> <p>Dinge als Opposition anzuprangern, wurde überwiegend ausgeklammert - kam nicht gut an</p> <p>Politik musste schnell handeln - das war nicht einfach</p> <p>Vorwurf der Zensur, wenn Zahlen nicht kommuniziert werden - große Transparenz ist nötig - wird von den Bürgern gefordert</p> <p>für das weitere Verfahren ist mehr Transparenz erforderlich</p> <p>Verordnungen müssen künftig besser aufbereitet werden, einfacher zugänglich gemacht werden</p> <p>mehr Lebensrealität und weniger Politik in der Krisenkommunikation</p> <p>Info zur Sperrmüllsammlung kommt überall an - mehrsprachiger Flyer hilft</p> <p>viele Gruppen wurden gar nicht erreicht - klassische Medienarbeit reicht nicht</p> <p>Politik nimmt mit, dass BürgerInnen mehr eingebunden werden müssen</p> <p>je größer/wichtiger jemand ist, desto eher wird er gehört - Menschen mit Inklusionsbedarf waren/ sind benachteiligt</p> <p>Kommunen vor Ort besser aufstellen - teilweise keine Informationen darüber erhalten</p>

Thema	Beitrag
	<p>interdisziplinäre Betrachtung der Situationen muss stärker fokussiert werden und entsprechend gehandelt werden</p> <p>Thema Gesundheit in Kommunen größer machen</p> <p>wenn bei einer Pandemie nur in eine Richtung gehandelt wird, kann das nicht gut gehen - das wird die Zukunft zeigen</p> <p>Knowhow der Zivilgesellschaft erforderlich für gute Kommunikation</p> <p>Thema Transparenz: Verordnungen dürfen keine Widersprüche haben - kein weiterer Frust in der Zivilgesellschaft erzeugen ist angesagt</p> <p>es müssen mehr Richtungen zugelassen werden</p> <p>mehr Bekundung und keine Bevormundung</p> <p>BürgerInnen haben oft sehr praktikable Lösungen - warum nimmt die Politik diese nicht auf?</p> <p>es ist Vernunft angesagt - BürgerInnen sind vernünftig und müssen auch so behandelt werden</p> <p>Sachlich bleiben und sein, ist wichtige Botschaft</p> <p>vieles ist mit der Zeit entstanden und wächst weiter</p>
Themengruppe 3: Soziale Ungleichheit	
Abbau Ungleichheit	<p>Zugang zu Internet = Voraussetzung für Teilhabe (Schüler*innen)</p> <p>Digitale Infrastruktur rasch ausbauen</p> <p>Digitalisierung schnell voranbringen</p> <p>Sicherstellen, dass alle Schüler*innen Endgeräte haben (PC, Drucker)</p> <p>niederschwellige, bürokratiearme Impfangebote schaffen</p> <p>Dort impfen, wo Menschen sind</p> <p>Infos zur Impfung: https://www.dranbleiben-bw.de</p> <p>Alle Menschen (gerade sozial benachteiligte) aufklären über Impfungen und Impfangeboten</p> <p>Spaltung der Teilhabe von Familien bzgl. unterschiedlicher Impfstatus</p> <p>Deutschland darf keine armen Menschen haben</p> <p>die finanzielle Schere soll sich schließen und nicht weiter öffnen</p> <p>Menschen in prekären Lebenslagen nicht vergessen</p> <p>Fokus auf soziale Ungleichheit richten</p> <p>Soziale Schere schließen</p> <p>Gesellschaft stärken</p> <p>Pandemie hat soziale Probleme nur verstärkt</p> <p>Kein soziales Stückwerk produzieren => Gesamt Strategie notwendig um soziale Ungleichheiten aufzulösen</p> <p>Nicht zurückfallen in alter Verhaltensrollen (Frauen kümmern sich um Kinder und Haushalt)</p>

Thema	Beitrag
	Finanzierungsvorbehalt im Koalitionsvertrag nicht als Pauschalbegründung nehmen, soziale Themen nicht anzugehen
	Erlebnisse mit Corona sind Teil unserer Geschichte
	Bei Gesetzgebungen diese geschichtliche Erfahrung berücksichtigen
Schutz vulnerabler Gruppen	Ehrenamt vor Ort im Quartier stärken
	Ehrenamt und pflegerische Berufe in den Fokus rücken
	Ehrenamt flexibler gestalten - ohne langfristigen Bindungen ermöglichen
	Ehrenamtlich Tätige in erste Impfgruppe nehmen
	Wer sich ehrenamtlich engagiert bekommt auf sozialer Ebene sehr viel zurück
	Anerkennung des Ehrenamts führt dazu dass mehr Menschen im Ehrenamt aktiv sind und werden
	Zivilgesellschaftliche Organisationen als Brückenbauer
	Starke Zivilgesellschaft als verlässlicher Partner der Politik sehen
	Freiwilliges Soziales Jahr neu betrachten
	Faden zwischen Ehrenamt / Zivilgesellschaft und Politik darf nicht abreißen
	Unterstützung, Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement
	Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt, Verwaltung, Politik vor Ort wichtig
	Migrant*innen nicht aus dem Fokus verlieren
	Vor Ort z.B. in Moscheen impfen
	Bessere Kommunikation mit Menschen, die zugezogen sind nach D
	unkomplizierte Unterstützung für vulnerable Gruppen anbieten
	Öffnung der öffentlichen Ämter (Arge usw.)
	Sozial benachteiligte Menschen benötigen persönliche Ansprache und Unterstützung => Behörden öffnen und nicht ins Digitale verlagern
	schnellere Reaktionen auf zukünftige Pandemien
	Menschen in prekären Lebenslagen in Dialog einbeziehen
	Beteiligung für alle muss gut organisiert und geplante sein
	Partizipation, Teilhabe aller möglich machen
	Niederschwelligere Dialogformate wie dieses auch für die Zukunft schaffen
	Aufsuchende Beteiligung
	Dialog Formate wie dieses muss seitens der Politik auch in Zukunft Gehör finden und in Entscheidungen eingehen
	Miteinander im Dialog bleiben
	Menschen haben unterschiedliche Zugänge zu Teilhabe => muss berücksichtigt werden für Dialog Formate
	Neue Idee finden, wie sozial Schwache in Politik eingebunden werden
	Große Unternehmen können finanzielle Herausforderungen besser wegstecken

Thema	Beitrag
Prioritäten- setzung	Auch in Zukunft Wissenschaft anhören
	Wirtschaft mit in den Dialog einzubinden
	Schulöffnung vor Gastronomie
	Kleine Betriebe gegenüber großen Betrieben nicht benachteiligen
	Tiefere und nachhaltigere Veränderungen notwendig
	Jeder Mensch soll nach dem anderen Menschen schauen
Themengruppe 4: Bildungspolitik	
Herausfor- derungen	schlechte Informationsverbreitung und Kommunikation
	Schulen und Unis zu aber Firmen offen?!
	Hochschulen/ Universitäten wurden vergessen und Präsenzunterricht wird nicht möglich gemacht
	Internetempfang und Endgeräte nicht ausreichend verfügbar
	Anonymität im digitalen Raum
	Umgangsformen im Digitalen schwieriger (keine allgemeinen Standards)
	Unterrichtsmaterialien und -inhalte nicht an digitales Format angepasst; schlechte Onlineplattform
	enorme Unterschiede im Wechselunterricht
	kein Austausch zwischen den Klassen möglich
	für viele waren keine Arbeitsplätze im Homeschooling verfügbar
	Kinder verlieren Motivation und Anschluss
	Kinder haben Angst vor Schließungen des Kindergartens (vermissen Konstante im Leben)
	Homeschooling und unterschiedliche Handhabung der Regeln belasten Familien
	Berufstätige Eltern und Homeschooling
	enorme Belastung für Eltern
viele Frauen haben ihr Berufsleben zurückgestellt zum Wohl ihrer Kinder	
Künftige Un- terstützung	Digitalisierung und Chancen nutzen
	Test- und Quarantänestrategie der Schule im neuen Schuljahr
Themengruppe 5: Tests und Impfungen	
Verbesserung Ge- sundheits- system	Unglaubwürdigkeit des Gesundheitssystems
	Verunsicherung durch verwirrende Information
	Informationsmedien (Zeitung, Fernsehen, Radio)
	Gesichertes Wissen
	Abschlussstatement (Grüne): Barrierefreie Information
	miss-verständliche Informations-kampagne

Thema	Beitrag
	Abschlussstatement (SPD): Barrierefreie Information + Umfassende Erklärung von Corona
	adressaten-gerechte Aufklärung
	Chaotische Strategien
Test-strategien	Breitfläche Impfangebote
	CDU: Einfacher Zugang zu Impfung
	Stärkung der Immunität
	Aufklärung durch Ärzte und Apotheker
	CDU: Frage zu Big Data + Datenschutz
	Datenschutz vs. Informationen über Verlauf von Impfung/Krankheit
Privilegien	Selbstbestimmung der Bürger:innen
	Gleichbehandlung von Getesteten und Geimpften
	Schutz der Gastronomie durch Tests & Impfung
	Privilegien für Geimpfte
Impfverweigerung	Aufklärung über Impfungen
	Fachlichen Diskurs fördern
	Transparenz über Impfungen (Verträglichkeit, Komplikationen, Langzeitfolgen)
	Überzeugung von Impfskeptikern
	Impfmüdigkeit, Skepsis
	Ausschluss von Kritik
	Kritik, Angst & Vorsicht in Debatte
	Ächtung von Impf-Nichtbereitwilligen
	Eigenverantwortung
	Freiheitliche Entscheidung über Eingriff in eigene Gesundheit
Alternativen zum Impfen	
Themengruppe 6: Psychosoziale Langzeitfolgen	
Gefühle	Angst schwächt auf Dauer das natürlich Immunsystem v.a. von Kindern
	Kinder haben unter dem fehlenden sozialen Austausch stark gelitten.
	Auch ohne psychisches Krankheitsbild leiden Kinder unter dem fehlenden (sozialen) Angebot
	soziale Kontakte wichtig für die persönliche Entwicklung
	Lernräume und außerschulischer Austausch fehlt.
	Ungleichbehandlung: Schulen und Unis mussten schließen während Unternehmen weniger Einschränkungen hatten.
	Pflegende Angehörige erleben starke Belastung und werden zu wenig berücksichtigt.

Thema	Beitrag
Unterstützung Betroffener	Hilfesysteme haben teils nicht funktioniert
	Zielgruppen-spezifische Angebote. Politik muss Hoffnung geben.
	Maßnahme: Jetzt Begegnungsorte im freien schaffen
	gezielte Hilfe für vulnerable Gruppen
	Jugendliche sind anpassungsfähig und brauchen jetzt Freiheiten.
	Altenheimbewohner werden lange brauchen. Hängt von der Unterstützung ab.
	Alleinstehende Personen.
	Aufsuchende Hilfe wird benötigt.
	Träger sind in der Verantwortung
	Unterschiedliche Wohnverhältnisse und soziale Umfeldler berücksichtigen.
	Gesprächsangebote schaffen. Psychologische Beratungsstellen ausbauen.
	Individuelle Hilfe indem psych. Beratungsstellen ausgebaut werden.
	Präventiv eine stabile psychologische Basis schaffen. Stichwort Resilienz.
	Aber: Kinder und Jugendliche sind noch nicht geimpft. Langzeitfolgen unsicher.
	Impfungen helfen auch den Kindern (die sich momentan noch nicht impfen lassen können)
	Ungewissheit erzeugt Stress. Langfristige Planung wichtig.
	Es kann keine langfristige Planung in einer Pandemie geben.
	Stressfaktoren (Verlustängste, wirtschaftliche Not...) reduzieren. Politik muss Gelassenheit erzeugen.
	Abwägen statt gelassen bleiben.
	Beobachten, weiterdenken und abwägen. Gelassenheit bringt uns nicht weiter.
Flexibilität ist wichtig. Nicht immer alles direkt schließen.	
Abwägen: Den Ernst der Lage benennen / zu viel Angst	
Bürgerinnen und Bürger müssen selbst ihr Umfeld im Blick behalten.	
Hinschauen, sichtbar machen.	
Experten präventiv einbeziehen	
Maßnahme: Umfragen, Studien	
Firmen sind in der Pflicht, die Mitarbeiter zu unterstützen	
Verarbeitung des kollektiven Traumas	Die psychosozialen Folgen von Kindern fallen nicht so stark auf. Hohe Anpassungsfähigkeit.
	Kritik an der Zuordnung in Gruppierungen (weniger/mehr gefährdet).
	Bei der Einordnung geht es um Häufungen von Problemen innerhalb bestimmter Gruppen
	Fokus auf das Individuum.